

Rostocker Medizinrechtliche Reihe

Band 3

Alexandra Vogt

**Der rechtliche Umgang mit dem Blutveto
der Zeugen Jehovas**

Shaker Verlag
Aachen 2012

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Rostock, Univ., Diss., 2010

Copyright Shaker Verlag 2012

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8322-9285-0

ISSN 1612-0523

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • E-Mail: info@shaker.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2008/2009 von der Juristischen Fakultät der Universität Rostock zur Promotion angenommen. Literatur und Rechtsprechung wurden bis Dezember 2008, vereinzelt auch darüber hinaus, berücksichtigt.

Es gibt Menschen, denen ich in Hinblick auf die Erstellung der Arbeit danken möchte.

Mein Dank gebührt zu allererst Herrn Prof. Dr. Ralph Weber für seine Betreuungsarbeit und wertvolle Unterstützung. Er hat die Untersuchung der vorliegenden Thematik angeregt und trug zu jeder Zeit durch seine Bereitschaft zur fachlichen Diskussion sowie seine kritischen Anregungen zum Fortgang der Arbeit bei.

Danken möchte ich zudem Herrn Prof. Dr. Heinrich Lang, dem ich für seine konstruktiven Hinweise während der Entstehung der Arbeit und vor allem für die Erstellung des Zweitgutachtens verbunden bin.

Mein herzlichster Dank gilt jedoch meinen Eltern, Wilhelm und Monika Vogt, sowie meinen Großeltern, Eugen und Norma Kaschke. Meine Eltern bestärkten mich bei meiner Entscheidung, zu promovieren, und unterstützten mich uneingeschränkt und geduldig. Meine Großeltern gaben mir während der gesamten Zeit der Promotion besonders liebevollen Rückhalt - ihre stets fürsorglichen Ermutigungen haben ganz wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Danke dafür!

Rostock, im November 2010

Alexandra Vogt

Gliederung	Seite
Teil 1: Einleitung	1
Kapitel 1: Anliegen der Bearbeitung.....	1
Kapitel 2: Gang der Untersuchung.....	5
Teil 2: Organisationsstruktur und religiöser Hintergrund	8
Kapitel 1: Aufbau und Organisation der Zeugen Jehovas.....	8
§ 1: Gründung und Auftrag	8
§ 2: Organisation	9
A. Zentrale Leitung	9
B. Gliederung	10
C. Organisationsstruktur und Entwicklung in Deutschland	11
I. Entwicklung bis 1945	11
II. Entwicklung im Ostteil Deutschlands und Wirkungen in Gesamtdeutschland.....	12
1. Vorbemerkung.....	12
2. Zeit vor der Wiedervereinigung	13
3. Statusklage nach der Wiedervereinigung	13
III. Gemeindeleben	16
Kapitel 2: Darstellung der religiösen Anschauung und Bräuche der Zeugen Jehovas	18
§ 1: Lehre und Glaubensüberzeugungen	18
§ 2: Auswirkungen auf das Verhältnis zum Staat	21
§ 3: Auswirkungen auf das private Leben	23
Teil 3: Einwirkungen des religiösen Hintergrundes auf die Frage der Bluttransfusion und der Organtransplantation	25
Kapitel 1: Einführung durch die Darstellung der medizinischen Grundlagen.....	25
§ 1: Zusammensetzung des Blutes	25
A. Blutplasma	25
I. Begriff	25
II. Bedeutung	25
B. Blutkörperchen	26
I. Erythrozyten	26
II. Leukozyten	26
III. Thrombozyten	27

§ 2:	Medizin-technischer Vorgang der Bluttransfusion	27
Kapitel 2:	Frage der Bluttransfusion	28
§ 1:	Religiöser Hintergrund	28
§ 2:	Aufteilung in bestimmte Bluttransfusionsarten.....	31
§ 3:	Aufteilung des Blutes durch die Zeugen Jehovas und ihr Einverständnis mit der Gabe bestimmter Stoffe	33
Kapitel 3:	Weitere Problemfelder	34
§ 1:	Frage der Organ- und Knochenmarktransplantation	34
§ 2:	Sonstige Probleme im Zusammenhang mit den oben genannten Verboten	34
A.	Überwachungsdienste bei Kranken durch die Zeugen Jehovas - „Krankenhaus-Verbindungskomitees“	35
B.	Verrat durch Zeugen Jehovas in Heilberufen	35
Kapitel 4:	Folgen bei dennoch zugelassener Behandlung wider die Glaubensgebote	36
Teil 4:	Die rechtlichen Grundlagen im Bereich der medizinischen Behandlung mit besonderem Bezug zum Selbstbestimmungsrecht eines jeden Patienten und zum Transfusionsrecht.....	38
Kapitel 1:	Zivil- und strafrechtliche Grundlagen	38
§ 1:	Der Behandlungsvertrag	38
A.	Vertragstyp des Behandlungsvertrages	38
I.	Grundsatz	38
II.	Speziell bei Bluttransfusion.....	39
B.	Zustandekommen des Arztvertrages	40
I.	Grundsatz	40
II.	Privatautonomie.....	41
1.	Grundsatz	41
2.	Nothilfe	41
3.	Kontrahierungszwang.....	42
a.	Grenzen der Abschlussfreiheit.....	42
b.	Echter Kontrahierungszwang	42
C.	Parteien des Behandlungsvertrages, Zurechnungs- und Haftungsgrundlagen	43
I.	Das Verhältnis zwischen dem niedergelassenen Arzt und dem Privatpatienten	43
II.	Das Verhältnis zwischen dem niedergelassenen Arzt und dem Kassenpatienten	43
III.	Die Rechtsverhältnisse im Rahmen der Krankenhausbehandlung	46
1.	Grundsatz	46
2.	Differenzierungen.....	47
a.	Die ambulante Behandlung im Krankenhaus	47
b.	Die stationäre Behandlung im Krankenhaus	47

aa.	Grundsatz	47
bb.	Erscheinungsformen des Krankenhausbehandlungsvertrages	48
(1)	Der totale Krankenhausbehandlungsvertrag	48
(2)	Der gespaltene Krankenhausbehandlungsvertrag	48
(3)	Der totale Krankenhausbehandlungsvertrag mit Arztzusatzvertrag	49
cc.	Dennoch bestehende Besonderheiten bei Kassenpatienten	49
IV.	Der Minderjährige als Patient	50
1.	Zustimmung der Sorgeberechtigten	50
2.	Fehlende Zustimmung	51
a.	Geschäftsunfähige	51
b.	Beschränkt Geschäftsfähige	52
D.	Vertragsinhalt beziehungsweise –pflichten	53
I.	Behandlungspflicht	53
II.	Aufklärungspflicht	56
III.	Dokumentations- und Verschwiegenheitspflicht	56
§ 2:	Behandlungsübernahme außerhalb des Behandlungsvertrages	57
A.	Gründe für die medizinische Behandlung im rechtlichen Gewand der Geschäftsführung ohne Auftrag	57
B.	Inhalt und Folgen der Geschäftsführung ohne Auftrag	59
§ 3:	Rechtliche Beurteilung der medizinischen Behandlung	61
A.	Vorliegen einer Heilbehandlung	62
B.	Strafrechtliche Bewertung der Heilbehandlung	62
I.	Grundsatz	62
II.	Streitstand	63
1.	Auffassung der Rechtsprechung	63
2.	Ansichten im Schrifttum	64
a.	Überblick	64
b.	Verbleibende Streitfragen	65
aa.	Die Erfolgstheorie	65
bb.	Die Theorie des kunstgerechten Eingriffs	66
cc.	Mindermeinungen in der Literatur	66
(1)	Eingeschränkte Erfolgstheorie Eser's	67
(2)	Sonderansicht Horn	67
III.	Stellungnahme	67
1.	Grundsatz	67
2.	Verfassungsrechtliche Argumentation	68
3.	Strafrechtsdogmatische Argumentation	69
C.	Zivilrechtliche Einordnung	71
I.	Grundsatz	71
II.	Streitstand	71
1.	Auffassung der Rechtsprechung und Teile der Literatur	71
2.	Abweichende Auffassungen in der Literatur	72
a.	Persönlichkeitsrechts-Lösung	72
b.	Transparenztheorie	73
c.	Lehre vom doppelten Schutzgut	73
III.	Stellungnahme	74

IV. Sonstige zivilrechtliche Haftungsgrundlagen.....	75
Kapitel 2: Verfassungsrechtliche Grundlagen und Vorgaben.....	76
§ 1: Das Selbstbestimmungsrecht des Patienten	76
A. Verortung des Selbstbestimmungsrechtes im Verfassungsrecht	76
I. Streitstand	76
1. Schutz über das allgemeine Persönlichkeitsrecht gem. Art. 2 Abs. 1 GG (gegebenenfalls i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG).....	76
2. Patientenautonomie als Teil des Rechts auf körperliche Unversehrtheit gem. Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG.....	77
3. Dopplungsansicht des Bundesverfassungsgerichts	78
II. Eigene Ansicht	78
B. Inhalt und Umfang des Selbstbestimmungsrechtes des Patienten.....	79
I. Grundaussage und Kerngehalt.....	79
II. Einwilligung als „Besonderheit“ und „Ausnahme“	81
III. Privatautonomie als Freiheitsschutz	82
1. Grundsatz	82
2. Freiheit zur „Unvernunft“	82
3. Schutz auch durch „zukunftswirksame Festlegungen“	83
IV. Einsichtsfähigkeit und Freiheit von Willensmängeln.....	83
1. Grundsatz	83
2. Aufklärung	84
a. Grundsatz.....	84
b. Inhalt	84
V. Therapiefreiheit des Arztes.....	85
§ 2: Die Religionsfreiheit	86
A. Reichweite und Inhalt der Religionsfreiheit.....	86
I. Inhalt der Religionsfreiheit.....	86
1. Grundsatz	86
2. Beurteilung bei Zeugen Jehovas.....	87
II. Reichweite im Einzelnen.....	88
1. Grundrechtliche Struktur.....	88
a. Herrschende Ansicht.....	88
b. Gegenansicht	88
c. Stellungnahme	89
2. Verweigerung der Bluttransfusion als Religionsausübung	90
a. Schutzbereich.....	90
b. Einengungsversuche	90
aa. Kultische Handlungen	90
bb. So genannte Kultur-Völker-Formel	91
cc. Weite Auslegung.....	91
dd. Stellungnahme.....	93
B. Grenzen der Religionsfreiheit im Allgemeinen.....	94
§ 3: Wirkung der Grundrechte im Verhältnis zwischen Arzt und Patient.....	95
A. Klassisches Verständnis der Grundrechte als Abwehrrechte	95

I. Ausgangspunkt	95
II. Grundrechte als Wertentscheidung.....	95
B. Schutzpflicht des Staates	95
C. Drittschützende Wirkung der Grundrechte.....	99
I. Bedeutung	99
II. Umsetzung auf die Problematik der Behandlung von Zeugen Jehovas	101
III. Grundrechtlicher Einfluss durch strafrechtliche Bewertung	102
 Teil 5: Die rechtliche Problematik bei erwachsenen der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas angehörigen Patienten.....	105
 Kapitel 1: Einleitung	105
 Kapitel 2: Rechtsverbindlichkeit der Verweigerung der Bluttransfusion und deren Wirkungen	107
 § 1: Die bei klarer Besinnung befindlichen erwachsenen Patienten der Gemeinschaft der Zeugen Jehovas	107
 A. Wirksamkeitsfragen des Vetos	107
I. Rechtssystematische Einordnung des Behandlungsvetos als „Aliud“ im Vergleich zur Einwilligung	108
1. Problemstellung.....	108
2. Kein actus-contrarius zur Einwilligung.....	108
a. Keine Übertragbarkeit der Einwilligungskriterien	108
b. Eigenständiger Voraussetzungsrahmen.....	110
c. Keine „Einwilligung“ durch Gesamtzusammenhang	111
II. Grundsätzliche partielle Einsichtsentscheidungsunfähigkeit von Zeugen Jehovas im medizinischen Bereich?.....	111
1. Problemstellung.....	111
2. Voraussetzungen der Einsichtsfähigkeit	112
a. Grundlagen	112
b. Abgrenzung zur Geschäftsfähigkeit	112
c. Konkrete Kriterien.....	114
3. Folgerungen für das Blutveto bei Zeugen Jehovas	115
a. Erkenntnisfaktor	115
b. Beurteilungsfaktor	116
aa. Wertentscheidung.....	116
(1) Ausgangspunkt	116
(2) Subjektives Wertesystem.....	116
(3) Glaubensansatz der Zeugen Jehovas	117
(4) Subjektiv vorteilhafte Entscheidung.....	118
bb. „Defekte Autonomie?“.....	119
(1) Ausgangspunkt	119
(2) Werteverzerrung durch Abhängigkeit	119
(3) „Aberglaubensähnliche Wahnvorstellungen“	121
(4) Fazit	122
cc. Bewertungsfaktor im Sinne rationalisierter Einschätzung	123
c. Zwischenergebnis	125
III. Die Freiheit der Entscheidung der Zeugen Jehovas	125

1.	Problemstellung.....	125
2.	Begrifflichkeit	125
3.	Anwendung auf die „Drucksituation“ eines Zeugen Jehovas	127
IV.	Die Ernsthaftigkeit der Entscheidung.....	130
1.	Problemstellung.....	130
2.	Begriff	130
3.	Anwendung auf das Blutveto bei Zeugen Jehovas.....	131
a.	Vergleich mit Suizid.....	131
aa.	Wechselhaftigkeit des suizidalen Willens.....	132
bb.	Hilferuf an die Umwelt	133
cc.	Fazit.....	134
b.	Fehlende Todesnähe	134
c.	Zwischenergebnis	135
V.	Verstoß gegen die guten Sitten.....	135
1.	Parallelität zum Suizid.....	135
2.	Sittliche Pflicht	137
VI.	Dispositionsbefugnis über das von der Entscheidung betroffene Rechtsgut.....	138
1.	Problemstellung.....	138
2.	Höchstwert Lebensschutz?.....	139
a.	Absoluter Schutz gegen Fremdtötung	139
b.	Kollision mit dem Recht auf körperliche Selbstbestimmung.....	140
c.	Auslotung des Rangverhältnisses – Abwägungskriterien	141
aa.	Rechtliche Begrenzungen, insbesondere aus der Schutzpflicht des Staates	141
	(1) Ansatz: Aktive Sterbehilfe und Tötung auf Verlangen	141
	(2) Nicht mögliche Übertragbarkeit auf die Nichteinwilligung	142
	(a) Andere rechtsdogmatische Ausgangslage.....	142
	(b) Rechtliche Behandlung der Selbsttötung	142
	(aa) Kein Recht zur Selbsttötung.....	142
	(bb) Verbot der Selbsttötung	143
bb.	Ethische Begrenzungen	145
	(1) Grundsatz pro Autonomie	145
	(2) Grenzziehungen	145
	(a) Christliche Moralethik	146
	(aa) Grundlagen	146
	(bb) Übertragbarkeit auf grundrechtliche Wertungen	146
	(cc) Aufweichungstendenzen in der christlichen Moralethik	147
	(b) Nicht christlich determinierte ethische Grundsätze	149
	(aa) Bewusstseinswandel.....	149
	(bb) Problemsteigerung durch Fortschritte in der medizinischen Technik.....	149
	(cc) „Werteverfall“ und Relativierung des Lebensschutzes...	150
	(dd) Folgerungen	151
cc.	Recht auf einen menschenwürdigen Tod	151
	(1) Grundsatz.....	151
	(2) Einschränkung bei „Nicht-Sterbenden“	152
	(3) Fazit	153
dd.	Zwischenergebnis.....	153
ee.	Einschränkungen bei Zeugen Jehovas	155
	(1) Anwendung nur im Rahmen passiver Sterbehilfe	155

(a) Dogmatische Unhaltbarkeit dieser Eingrenzung.....	155
(b) Rechtsprechung.....	156
(c) Fazit.....	158
(2) Beschränkung in BGHSt 11, 111 auf die abstrakte Wahrscheinlichkeit einer Verkürzung des Lebens auf längere Sicht?	158
ff. Restümee	160
d. Verstärkung des Autonomievorrangs durch Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	160
VII. Ergebnis zur Wirksamkeit des Behandlungsvetos	161
B. Notwendigkeit der Aufklärung im Falle der Einwilligungsverweigerung	162
I. Grundsätzliches zum Aufklärungserfordernis	162
II. Besonderheiten bei der Einwilligungsverweigerung.....	163
1. Erhaltung des status naturalis	163
2. Aufklärung als Nebenpflicht des Behandlungsvertrages	163
a. Grundsatz.....	163
b. Umsetzung auf die Situation des eine Blutgabe ablehnenden Zeugen Jehovas.....	164
c. Besondere Bedeutung der Folgenaufklärung bei einem Blutveto	166
III. Aufklärungsverzicht durch den Patienten	167
C. Wirkungsbereiche des gegen die Blutgabe eingelegten Vetos	168
I. Wirkungen auf vertraglicher Ebene.....	168
II. Wirkungen im deliktischen Bereich	169
III. Wirkungen hinsichtlich der Anwendung von Betreuungsrecht.....	170
IV. Wirkungen im Bereich des Strafrechts.....	170
1. Handeln des Arztes gemäß dem Willen des die Behandlung ablehnenden Patienten	170
a. §§ 216, 13 StGB.	171
aa. Anfänglicher Behandlungsverzicht	171
bb. Nachträglicher Behandlungsabbruch	172
b. § 323c StGB.....	175
aa. Meinungsstand	175
bb. Auflösung	176
2. Handeln des Arztes entgegen dem Willen des die Behandlung ablehnenden Patienten	176
a. § 223 StGB	176
b. § 240 StGB	177
§ 2: Die bewusstlosen erwachsenen Patienten der Gemeinschaft der Zeugen Jehovas	178
A. Einführung in die Problematik	178
B. Überblick über die grundsätzliche Rechtslage bei Bewusstlosigkeit des Patienten	178
I. Unaufschiebbare medizinische Behandlung.....	179
1. Rechtsgrundlage	179
a. Grundsatz.....	179
b. Behandlungsübernahme widerspricht Patientenwille/-interesse	179
c. Behandlung als solche entspricht Patientenwille/-interesse, nicht aber einzelne Behandlungsmaßnahmen	179
aa. Anwendbarkeit von § 280 BGB	180
bb. Trennung zwischen „Ob“ und „Wie“	181
d. Interesse und Wille des Patienten	183
e. Folgen	184

2. Folgerungen im Delikts- und Strafrecht	184
a. Mutmaßlicher Patientenwille	184
b. Patientenverfügung	185
c. Wirkung der Geschäftsführung ohne Auftrag im Deliktsrecht	186
II. Aufschiebbare medizinische Behandlung	186
C. Rechtslage im Fall der zu behandelnden Zeugen Jehovas	188
I. Bereits von Anfang an vorliegende Bewusstlosigkeit des Erkrankten	188
1. Fall der ein „Dokument zur ärztlichen Versorgung“ sowie eine Vorsorge- vollmacht bei sich tragenden Zeugen Jehovas	188
a. Verbindlichkeit der getroffenen Behandlungsanweisung	189
aa. Rechtssystematische (Vor)-überlegungen	189
(1) Problemstellung	189
(2) Streitstand zur Bindungswirkung von Patientenverfügungen und Stellungnahme	190
(a) Überblick über den Streitstand	190
(b) Stellungnahme	191
(aa) Ablehnung der Ansicht der völlig fehlenden Verbindlichkeit	191
(bb) Verbindender Ansatz	191
(3) Rechtssystematische Einordnung der Vorab-Erklärung	193
(4) Fazit	194
bb. Personenbezogene Voraussetzungen der Behandlungsanweisung ..	194
(1) Einsichtsentscheidungsfähigkeit	194
(a) Grundsatz	194
(b) Nachweisbarkeit der Entscheidungsfähigkeit	196
(aa) Problemstellung	196
(bb) Streitstand und eigene Ansicht	196
(2) Freiwilligkeit und Ernstlichkeit der antezipierten Entscheidung	197
(a) Grundsatz	197
(b) Größere Beeinflussungsgefahr	198
(c) Verwendung vorgegebener Formulare der Glaubens- gemeinschaft	198
(d) Besonderes zur „Ernstlichkeit“	201
(3) Form	201
(a) Grundsatz und Meinungsvielfalt	201
(b) „Dokument zur ärztlichen Versorgung“	202
(4) Einhaltung der inhaltlichen Grenzen der Beachtlichkeit des Patientenwillens	203
(a) Dispositionsbefugnis über das Rechtsgut Leben	203
(aa) Keine Dispositionsbegrenzung, weil kein absoluter Lebensschutz	203
(bb) Eingrenzung auf irreversible Krankheitsverläufe?	205
(cc) Fazit	209
(b) Sittenwidrigkeit des antezipierten Blutvetos	209
(5) Inkongruenz zwischen der antezipierten und der aktuellen Situation	210
(6) Antezipierbarkeit des entscheidungserheblichen Willens	212
(7) Argument mangelnder Aufklärung	214
(a) Grundsatz	214
(b) Generelle Ablehnung	214

(c) Spezielle Situation bei Zeugen Jehovas	216
(8) Mangelnde Gültigkeit aufgrund Entaktualisierung des Willens.....	217
(a) Problematik	217
(b) Jederzeitige Widerrufbarkeit.....	217
(aa) Widerrufsmöglichkeit.....	217
(bb) Unzulässigkeit des Umkehrschlusses	218
(cc) Spezielle Situation bei Zeugen Jehovas	220
(c) Verfall durch Zeitablauf?	221
(aa) Generelle Gegenargumente	221
(bb) Spezielle Argumentation bei Zeugen Jehovas	222
(d) Besondere Anhaltspunkte für eine Willensänderung bei Zeugen Jehovas	223
(9) Ergebnisbetrachtung	224
b. Verbindlichkeit der beigefügten Vorsorgevollmacht	225
aa. Allgemeines zur Vorsorgevollmacht.....	226
(1) Rechtliche Anerkennung der Möglichkeit einer Vorsorgevollmacht	226
(2) Dogmatische Einbettung der Vorsorgevollmacht und Auswirkungen im Arzt-Patienten-Verhältnis.....	228
(a) Vertretung bei der vertrags(aus)gestaltenden Willens- erklärung	228
(b) Vertretung bei der Einwilligung wie Nichteinwilligung	230
(aa) Rechtsnatur der Einwilligung	230
(bb) Rechtsnatur der Behandlungsverweigerung	231
(cc) Folgerungen	232
bb. Wirksamkeitsvoraussetzungen der Vorsorgevollmacht der Zeugen Jehovas	233
(1) Entscheidungsfähigkeit oder Geschäftsfähigkeit des vollmacht- gebenden Zeugen Jehovas	233
(2) Inhalt, Umfang und Grenzen der Bevollmächtigung	234
(a) Angaben über die Person des Bevollmächtigten.....	234
(b) Umfang der Bevollmächtigung; insbesondere Bevollmäch- tigung zur Verweigerung von Bluttransfusionen	236
(aa) Problemstellung.....	236
(bb) Inhaltliche Wirksamkeit.....	237
α. Übertragungen aller Gesundheitsangelegenheiten – inhaltliche Anforderungen des § 1904 Abs. 2 Satz 2 BGB.....	237
β. Speziell die Übertragung der Befugnis zur Verweigerung von Bluttransfusionen.....	238
αα. Keine „Bevollmächtigung mit Todesfolge?“	238
ββ. Keine „Bevollmächtigung zur Unvernunft?“	241
γγ. Einhaltung der Erfordernisse des § 1904 Abs. 2 Satz 2 BGB beim Blutveto der Zeugen Jehovas	242
(α) Geltung des § 1904 BGB auch bei Behandlungsverweigerung?	243
(αα) Direkte Anwendung.....	243
(ββ) Analoge Anwendung	243
(γγ) Fazit.....	245

	(β) Inhaltliche Überprüfung der typischen Vorsorgevollmacht der Zeugen Jehovas anhand von § 1904 Abs. 2 Satz 2 BGB.....	245
	(c) Ergebnis	247
	(3) Form der Vorsorgevollmacht	247
	(4) Notwendigkeit der Aufklärung des Vollmachtgebers	248
	(5) Entaktualisierung nach gewisser Zeit?	248
cc.	Folgen und Wirkungen der Vorsorgevollmacht.....	249
	(1) Ausgangspunkt	249
	(2) Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Vorsorgevollmacht	249
	(3) Aufklärung des Bevollmächtigten	250
	(4) Gerichtliche Genehmigung analog § 1904 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Abs. 1 BGB	250
	(a) Keine analoge Anwendung von § 1904 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Abs. 1 BGB bei Entscheidungen im Grenzbereich des Lebens?	251
	(b) Charakter der vormundschaftlichen Genehmigung	251
	(c) Zu erwartende Entscheidung des Gerichts bei der Verweigerung lebensnotwendiger Blutgabe.....	252
	(d) Rein faktisch keine analoge Anwendung von § 1904 Abs. 1 Satz 2 BGB.....	254
	(5) Bindung des Vertreters an das Blutveto des Patienten	255
	(a) Bindung nur im Innenverhältnis	255
	(b) Folgen für den behandelnden Arzt.....	256
	(c) Veränderte Situation bei Vorliegen einer Patienten- verfügung.....	257
	(d) Beschränkung der Bindung des Vertreters an das Blutveto durch § 1901 BGB	258
	(6) Annahme einer Willenserklärung außerhalb eines Widerrufs und einer expliziten Erklärung	260
	(a) Problematik	260
	(b) Der Fall der isolierten Vorsorgevollmacht	261
	(c) Annahme der Willensänderung bei Zeugen Jehovas	262
	(d) Durch Willenserklärung allein keine Beendigung der Vollmacht	262
c.	Das Verhältnis von Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuerbestellung.....	262
aa.	Vorrangigkeit der Patientenverfügung	263
	(1) Grundsatz	263
	(2) Erfordernis der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung?	264
bb.	Folgerungen für die Vorsorgevollmacht	266
cc.	Folgerungen hinsichtlich einer Betreuungsanordnung.....	266
	(1) Fehlende Erforderlichkeit für eine Betreuerbestellung hinsichtlich der Blutgabe	266
	(2) Betreuerbestellung aus anderen Gründen	268
	(3) Vorrang bei konkurrierenden Anweisungen.....	269
	(a) Auswirkungen des „Dokuments zur ärztlichen Versorgung“ auf die Betreuerentscheidung generell	269
	(b) Beurteilung des Betreutenwohls	271
	(c) Wohlbestimmung im Fall der Zeugen Jehovas und Folgen für den Betreuer.....	273

(d) Absicherung durch Betreuungsverfügung	274
(aa) Die Person des Betreuers.....	275
(bb) Anordnungen zur Durchführung der Betreuung.....	276
(e) Konsequenzen der Patientenverfügung für eine <i>eigene</i> Betreuerentscheidung.....	277
(f) Betreuer als Erklärungshelfer – keine <i>eigene</i> Betreuer- entscheidung	279
(g) Konsequenzen für das ärztliche Handeln bei konkurrie- renden Erklärungen	281
(aa) Der Arzt hat keine Kenntnis vom „Dokument zur ärztlichen Versorgung“	282
(bb) Dem Arzt ist das „Dokument zur ärztlichen Ver- sorgung“ bekannt.....	282
(h) Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung	283
dd. Verhältnis von Vorsorgevollmacht und Betreuung.....	285
(1) Subsidiarität der Betreuung	285
(2) Fälle trotzdem möglicher Betreuerbestellung.....	286
(a) Zweifel an der Wirksamkeit der Vorsorgevollmacht und Missbrauch der Vollmacht	286
(b) Bevollmächtigung mehrerer Personen	287
(c) Betreuerbestellung aufgrund Qualitätsvergleichs	287
(3) Überwachungsbetreuung gemäß § 1896 Abs. 3 BGB.....	289
(4) Zweifel an der Erreichbarkeit des Bevollmächtigten	290
(5) Inhaltliche Zweifel?.....	291
(6) Fehlerhafte Betreuerbestellung.....	293
ee. Ausnahmen vom absoluten Vorrang der Patientenverfügung?.....	293
2. Fall der kein „Dokument zur ärztlichen Versorgung“ und/oder keine Vorsorgevollmacht bei sich tragenden Zeugen Jehovas	296
a. Problematik.....	296
b. Der Zeuge Jehovas hat gar keine Vorsorgeerklärungen abgefasst	296
aa. Eil- oder Notmaßnahmen	297
(1) Relevanz des mutmaßlichen Willens.....	297
(2) Bestimmung des mutmaßlichen Willens.....	297
(a) Objektive Sicht im Fall der Zeugen Jehovas	298
(b) (Relativierte) subjektive Sicht im Fall der Zeugen Jehovas ..	298
(c) Konsequenz	300
bb. Aufschiebbare Maßnahmen	301
c. Der Zeuge Jehovas trägt ausschließlich eine isolierte Vorsorgevollmacht bei sich	302
aa. Aufschiebbare Maßnahmen	302
bb. Eil- oder Notfall	302
d. Der Zeuge Jehovas erstellte Vorsorgeerklärungen, führt sie aber zunächst nicht bei sich.....	304
aa. Aufschiebbare Maßnahmen	304
bb. Eilmaßnahmen.....	305
II. Im Nachhinein das Bewusstsein verlierender Zeuge Jehovas	306
1. Grundentscheidung.....	306
2. Sicherungsüberlegungen.....	307
a. Zeitspanne.....	307
b. Medizinische Kongruenz?	308
c. Rechtliche Folgerungen	310

Kapitel 3: Gewissensnot des Arztes	311
§ 1: Problemstellung.....	311
§ 2: Behandlung der Gewissensnot im Zivil- und Strafrecht	312
A. Einführung	312
B. Rechtslage im Zivilrecht.....	312
C. Rechtslage im Strafrecht.....	312
I. Dogmatische Grundlage des Strafverzichtes bei Gewissensnot.....	313
1. Keine Tatbestandslosigkeit.....	313
2. Rechtfertigungslösung.....	313
a. Rechtfertigender Notstand gemäß § 34 StGB	314
b. Art. 4 Abs. 1 GG als eigenständiger Rechtfertigungsgrund	315
c. Stellungnahme	315
3. Gewissensnot als Schuld- oder Strafausschließungsgrund	316
a. Analogie zu § 35 StGB	316
b. Art. 4 Abs. 1 GG als eigenständiger Entschuldigungsgrund	317
c. Kritik / Stellungnahme.....	317
4. Sonderansicht bei Überschreitung der Grenzen der Gewissensfreiheit	318
5. Behandlungen im Rahmen der Strafzumessung.....	319
6. Eigene Ansicht	320
II. Besondere Beurteilung bei Unterlassungsdelikten.....	321
1. Problemstellung.....	321
2. Meinungsstand.....	321
a. Erforderlichkeits- beziehungsweise Zumutbarkeitslösung.....	321
b. Unzumutbarkeitslösung	323
D. Folgerung	323
§ 3: Beurteilung des Vorgehens des Arztes im Rahmen des Art. 4 Abs. 1 GG	323
A. Problemstellung	323
B. Eröffnung des Schutzbereiches der Gewissensfreiheit.....	324
I. Vorliegen einer Gewissensentscheidung.....	325
1. Begriff der Gewissensentscheidung	325
2. Gewissensentscheidung des handelnden Arztes.....	326
a. Gewissensgeleitetes Handeln des Arztes.....	326
b. Beschränkung der Gewissensfreiheit auf das „forum internum“	328
aa. Grundsatz	328
bb. Konsequenz für die Ablehnung der Behandlung durch den Arzt	330
cc. Erstreckung auf die eigenmächtige Blutgabe durch den Arzt?	330
II. Zwischenergebnis	331
C. Der Arzt lehnt die gesamte oder weitere Behandlung eines Zeugen Jehovas ab	332
I. Problemstellung.....	332
II. Garantenstellung und ihre Folgen	333
1. Grundsätzliche Behandlungsfreiheit	333
2. Garantenpflicht im Einzelnen.....	334
III. Gewissensfreiheit zur Nichtbehandlung.....	335
1. Abstellen auf das Bereitstehen einer gewissensneutralen Alternative	336
2. Folgen beim Fehlen der gewissensneutralen Alternative.....	337
D. Der Arzt überträgt dem Zeugen Jehovas trotz dessen Vetos zur Lebensrettung Blut...338	

I.	Problemstellung	338
II.	Gewissensentscheidung – Gewissenszwang	338
1.	Vorhersehbarkeit und Vermeidbarkeit	339
a.	Unterlassen der Behandlung als Handlungsalternative im Vorfeld.....	340
aa.	Abhängigkeit vom Bestehen der rechtlichen Möglichkeit des Unterlassens	340
bb.	Im Vorfeld des Gewissenskonfliktes geschehendes Unterlassen möglich?	340
(1)	Grundsatz	340
(2)	Ausnahme bei elektiven Eingriffen	341
(a)	Vorhersehbarkeit	341
(b)	Vermeidbarkeit	342
b.	Fazit	343
2.	Handlungsalternative	344
a.	Problemstellung: Unterlassung der Weiterbehandlung als Alternative.....	344
b.	Entscheidend: Richtung des Gewissensbefehls	345
aa.	Nichtmitwirkung am abwendbaren Tod.....	345
bb.	Lebensrettung als solche	346
III.	Rang der Gewissensentscheidung - Güterabwägung	346
1.	Problemstellung.....	346
2.	Sich gegenüberstehende Rechtsgüter	347
3.	Abwägung	348
4.	Folgen	350
E.	Zusammenfassende Ergebnisbetrachtung.....	350
Kapitel 4: Rechtfertigung und Entschuldigung des bewusst eigenmächtigen ärztlichen Handelns		351
§ 1:	Strafrechtliche Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe	351
A.	Nothilfe gemäß § 32 Abs. 2 StGB?	351
I.	Fehlende objektive Nothilfelage.....	351
II.	„Aufgedrängte“ Hilfe	352
III.	Ergebnis	353
B.	Notstandshilfe gemäß § 34 StGB?	353
I.	Problemstellung	353
II.	Sperrwirkung der Einwilligung gegenüber § 34 StGB.....	354
III.	Keine Vergleichbarkeit mit Suizidfällen	357
IV.	Ergebnis	357
C.	Rechtfertigende Pflichtenkollision beim Arzt?	358
I.	Argumente aus der Dogmatik des Strafrechts	359
1.	Kein Anwendungsbereich der rechtfertigenden Pflichtenkollision.....	359
2.	Keine gleichwertigen Interessen	360
II.	Keine rechtliche Handlungspflicht des Arztes	361
D.	Entschuldigender Notstand gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 StGB?	362
E.	Unvermeidbarer Verbotsirrtum des aufgrund des Urteils des OLG München vom 31.01.2002 handelnden Arztes?.....	362
I.	Problemstellung	363
II.	Wortlaut des Urteils des OLG München vom 31.01.2002 nicht eindeutig.....	363
III.	Darüber hinaus unklare Lage oder eindeutige Rechtsprechung?	366

§ 2:	Zivilrechtliche Rechtfertigungsgründe.....	368
A. Ausgangspunkt		368
B. Mögliche Rechtfertigungsgründe		369
I. Nothilfe gemäß § 227 BGB?		369
II. Notstandshilfe gemäß §§ 228 oder 904 BGB?		369
Kapitel 5:	Konsequenzen für die Behandlungsübernahme/Indikation zur Behandlung ..	369
§ 1:	Problemstellung: limitierte Behandlungspflicht.....	369
§ 2:	Blutveto und Eingriffsindikation.....	370
A. Isolierte Bluttransfusion		370
B. Bluttransfusion als unselbständige Behandlungsmaßnahme		371
I. Problematik		371
II. Relevanz des Blutvetos.....	371	
III. Indikation abhängig von Nutzen-Risiko-Bilanz	373	
1. Grundsatz		373
2. Besonderheiten bei der Behandlung von Zeugen Jehovas	374	
3. Umsetzung		375
Teil 6:	Die rechtliche Problematik der Blutfrage bei minderjährigen Patienten	379
Kapitel 1:	Einführung	379
Kapitel 2:	Einsichtsfähige Minderjährige	381
§ 1:	Problematik der Einsichtsfähigkeit und Einwilligungsbefugnis	381
A. Einführung		381
B. Besonderheiten der Einwilligung in den Heileingriff	381	
I. Geschäftsähnliche Handlung	381	
II. Höchstpersönlicher Charakter	382	
III. Gerichtliche Handhabung	383	
C. Herleitung der von der Geschäftsfähigkeit unabhängigen Einwilligungsfähigkeit	385	
I. Grundrechtliche Dimension.....	386	
II. Praktische Problematik	388	
1. Problemstellung	388	
2. Rechtsunsicherheit.....	389	
3. Fehlgewichtung	391	
4. Ergebnis	392	
D. Umfang der Einwilligungsbefugnis des Minderjährigen.....	392	
I. Streitstand	392	
1. Einschränkung der Auffassung	392	
2. Alleinentscheidungsrecht	393	
3. Auseinandersetzung.....	393	
II. Einsichtsfähigkeit als allein ausschlaggebendes Kriterium.....	398	
III. Restbedeutung des Elternrechts trotz Einsichtsfähigkeit	399	

§ 2:	Kriterien der Entscheidungsfähigkeit bei Minderjährigen unter Hervorhebung der Schlussfolgerungen für die Einsichtsfähigkeit „junger Zeugen Jehovas“	399
A.	Problemstellung	399
B.	Kriterien für die Entscheidungsfähigkeit bei Minderjährigen	400
I.	Streitstand	400
1.	Feste Altersgrenzen?	400
a.	Verschiedene gesetzliche Grenzziehungen.....	400
b.	Gegenargumente.....	400
c.	Unzumutbarkeit individueller Überprüfung?	403
2.	Ergebnis	404
II.	Ausnahme bei „jungen Zeugen Jehovas“?	404
1.	Blutveto als Glaubensentscheidung.....	404
2.	Inhalt von § 5 Satz 1 RKEG	405
3.	Übertragung auf ärztliche Heileingriffe	407
III.	Kriterien für die individuelle Beurteilung der Einsichtsfähigkeit	408
1.	Grundsatz	408
a.	Individuelle Erkenntnisfähigkeit	409
aa.	Intellektuelle Kapazität	409
bb.	Schwere und Dringlichkeit des Eingriffs als Differenzierungskriterium	409
(1)	Eingriffsschwere	410
(2)	Dringlichkeit	411
b.	Sachgerechte Beurteilungsfähigkeit	412
2.	Anwendung der Kriterien auf die „jungen Zeugen Jehovas“	414
a.	Problemstellung	414
b.	Der „junge Zeuge Jehovas“ verweigert mit Hinweis auf seinen Glauben die Blutgabe	415
aa.	Individuelle Erkenntnisfähigkeit	415
bb.	Beurteilungsfähigkeit	416
cc.	Steuerungsfähigkeit.....	419
c.	Der Minderjährige entschließt sich trotz Erziehung im Glauben der Zeugen Jehovas für die Blutgabe	420
aa.	Erkenntnisfähigkeit und Beurteilungsfähigkeit.....	420
bb.	Restfunktionen des Elternrechts?	421
3.	Konsequenzen für die antezipierte Behandlungsanweisung und die Vorsorgevollmacht	423
a.	Problemstellung	423
b.	Wirksamkeit des antezipierten Behandlungsvetos	424
aa.	Grundsatz	424
bb.	Einsichtsfähigkeit bei Erstellung der Behandlungsanweisung.....	424
cc.	Fehlende Möglichkeit der Individualisierung im Arzt-Patienten-Verhältnis	425
dd.	Weitere Bedenken	427
ee.	Zwischenergebnis.....	427
c.	Wirksamkeit der Vorsorgevollmacht.....	427
Kapitel 3:	Nichteinsichtsfähige Minderjährige	429

§ 1:	Überblick über die grundsätzliche Rechtslage bei der Heilbehandlung einwilligungsunfähiger Minderjähriger	429
A.	Vertragliche Beziehungen	429
B.	Einwilligung in den Heileingriff bei einsichtsunfähigen Minderjährigen	430
I.	Problemstellung	430
II.	Grundsatz	430
1.	Sorgeberechtigung	430
2.	Maßstab der elterlichen Sorge	431
a.	FamRMaßnErlG vom 04.07.2008	431
b.	Konkreter Maßstab - Kindeswohl	432
§ 2:	Kindeswohlgefährdung bei Verweigerung der Einwilligung in eine Blutgabe	434
A.	Problemstellung	434
B.	Grundsätzliches zum Überschreiten der Grenze zur Kindeswohlgefährdung	434
I.	Konzeption der elterlichen Sorge und Grenzen des Elternrechts	434
1.	Konzeption des elterlichen Sorgerechts	434
a.	Grundrecht	434
b.	Pflichtenbindung	435
2.	„Wächteramt des Staates“	437
3.	Fazit	439
II.	Überschreitung der Grenze zur Kindeswohlgefährdung in Bezug auf ärztliche Heileingriffe als Gegenstand der elterlichen Sorge	439
1.	Weiter elterlicher Beurteilungsspielraum orientiert am Kindeswohl	440
2.	Grenzziehung bei Heileingriffen	441
a.	Grundsatz	441
b.	Spezielle Grenzziehungen	442
aa.	Mindestgrenze Überleben	442
bb.	Medizinische Indikation	443
C.	Überschreitung der Grenze zur Kindeswohlgefährdung bei der Verweigerung der Einwilligung in eine Blutgabe durch die Eltern	444
I.	Blutveto als Kindeswohlgefährdung	444
1.	Grundsatz	444
2.	Strenge Kriterienprüfung	447
a.	Medizinische Indikation der Blutgabe	447
b.	Dringlichkeit	447
c.	Fehlende Alternativbehandlung	448
aa.	Grundsatz	448
bb.	Medizinische Evidenz oder Alternativbehandlung	448
(1)	Problemstellung	449
(2)	Tolerierung niedriger Hämoglobinwerte?	449
(a)	Abweichen vom normalen Hämoglobinwert	449
(b)	Von der Standardtherapie zum Heilversuch	451
3.	Heilversuch und Auswirkungen auf die elterliche Sorge	452
a.	Kein „gehobener überlegener Standard“, sondern Heilversuch	452
b.	Folgen für das Entscheidungsrecht der Eltern	456
aa.	Kein Therapieformwahlrecht zugunsten der blutlosen Behandlungen	456

bb. Fehlen der Voraussetzungen der Rechtmäßigkeit der Vornahme eines Heilversuchs aufgrund der Kindeswohlwidrigkeit	457
II. Ergebnis	459
D. Kein Entgegenstehen von Art. 4 Abs.1 und 2 GG?	460
I. Problemstellung	460
II. Religionsausübung	460
1. Grundsatz	460
2. Güterabwägung	461
III. Strafrechtliche Besonderheiten	461
E. Folgen der Einstufung als Kindeswohlgefährdung beziehungsweise -widrigkeit für die erklärte elterliche Verweigerung	464
I. Grundsatz	464
II. Sittenwidrigkeit der elterlichen Erklärungen	465
III. Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot	465
IV. Auswirkungen auf eine etwaige Patientenverfügung des Kindes sowie eine Bevollmächtigung in Gesundheitsangelegenheiten	467
1. Bedeutung	467
2. Grundsatz	467
3. Genehmigungserklärung der Eltern	468
a. Problemstellung	468
b. Zivilrechtliche Einordnung im Allgemeinen	468
c. Sonderbewertung wegen Höchstpersönlichkeit der Entscheidung	469
aa. Ausschluss der Stellvertretung wegen Höchstpersönlichkeit	469
bb. Fazit	471
V. Eigenständige elterliche antezipierte Genehmigungsverweigerung	472
§ 3: Folgen der elterlichen Verweigerung einer indizierten Blutgabe in kindeswohlgefährdender Weise	472
A. Einschaltung des Familiengerichts	473
I. Zuständigkeiten und Verfahren	473
1. Zuständigkeit und Einleitung des Verfahrens	473
2. Anhörung	474
II. Voraussetzungen einer gerichtlichen Maßnahme im Rahmen des § 1666 BGB	475
1. Zeitpunkt der Annahme der Kindeswohlgefährdung	475
a. Aktuelle Notwendigkeit der Blutgabe	475
b. Keine vorsorgliche Gerichtsanhörung bei den Zeugen Jehovas angehörigen Eltern	475
aa. Grundsatz	475
bb. Ausnahme: Wiederholungsgefahr	476
cc. Gegenwärtigkeit auch bei konkreter andauernder Gefahr	477
2. Elterliche Unwilligkeit zur Gefahrenabwehr	477
III. Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	477
1. Ersetzung der elterlichen Einwilligung in die medizinische Heil- behandlung des Kindes mit Blut	478
2. Entziehung des medizinischen Sorgerechtes	479
a. Abspaltbarkeit der medizinischen Sorge	479
b. Entzug der medizinischen Sorge als Maßnahme des § 1666 Abs. 1 BGB?	479
c. Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	480
aa. Gegenwärtige Gefahr	481

(1) Dauergefahr	481
(2) Unausreichend: allein Zugehörigkeit der Eltern zu den Zeugen Jehovas	481
(3) Wiederholungsgefahr	482
bb. Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit	482
(1) Geeignetheit	482
(2) Erforderlichkeit	483
(3) Verhältnismäßigkeit im eigentlichen (engeren) Sinne	484
d. Fazit	484
3. Entziehung des gesamten Personensorgerechtes	484
IV. Form der Entscheidung	486
1. Regelentscheidung: Beschluss	486
2. Eilfall: Vorläufige Anordnung	486
a. Glaubhaftmachung	486
b. Anhörung	487
c. Sonstiges, insbesondere Geltungsdauer	488
B. Notfälle	488
I. Unbekannter Elternwille bei Notfallmaßnahmen	488
II. Elterliches Blutveto und Notfallmaßnahme	489
III. Fehlender Elternwille, aber Blutveto im „Dokument zur ärztlichen Versorgung“	490
Teil 7: Spezielle Haftungsfragen; insbesondere Freizeichnung	493
Kapitel 1: Haftung des Arztes bei Hinwegsetzen über das verbindliche Blutveto	493
§ 1: Haftungsgrundlagen	493
A. Vertragliche Haftung des Arztes	493
I. Grundlagen	493
II. Vertragliche Pflichtverletzung	494
1. Haupt- oder Nebenpflicht	494
2. Nebenleistungs- oder Schutzpflicht	495
3. Vertretenmüssen	497
B. Haftung im Rahmen der Geschäftsführung ohne Auftrag	498
I. Grundsatz	498
II. Folgerungen	499
1. Berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	499
2. Pflichtverstoß nach § 677 BGB bei Durchführung der Geschäftsführung ohne Auftrag	499
III. Person des Haftenden	500
C. Deliktische Haftung	500
I. Deliktische Haftung des die unerlaubte Transfusion eigenmächtig vornehmenden Arztes	501
1. Haftungsgrundlagen	501
a. § 823 Abs. 1 BGB wegen Körper- beziehungsweise Gesundheitsverletzung	501
b. § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 223 Abs. 1 StGB	502
2. Vorsatz	502
3. Rechtswidrigkeit	502

a. Einwilligung	503
b. Geschäftsführung ohne Auftrag als spezieller Rechtfertigungsgrund?	503
c. Fazit	504
II. Deliktische Haftung des Krankenhausträgers	505
1. Nach § 831 Abs. 1 BGB	505
a. Haftungstatbestand	505
b. In Ausübung der Verrichtung	505
c. Entlastungsnachweis	507
aa. Grundsatz	507
bb. Dezentralisierter Entlastungsnachweis	508
2. Nach § 823 Abs. 1 BGB wegen Organisationsverschuldens	509
a. Rechtsgutsverletzung	509
b. Organisationsmangel	509
§ 2: Problematik des Schadens	510
A. Transfusionsschäden	510
B. Schäden auch außerhalb eines Transfusionsschadens?	511
I. Psychische Folgeschäden	511
1. Psychische Grundproblematik	511
a. Religiöse Folgewirkungen	511
b. Soziale Folgewirkungen	512
c. Psychische Auswirkungen	513
2. Zurechnungsproblematik	514
a. Grundsatz	514
b. Kausalität	514
c. Notwendige Eingrenzung – Bagatelle?	515
3. Ergebnis	516
II. Schmerzensgeld nach § 253 Abs. 2 BGB für immaterielle Schäden?	517
1. Grundsatz	517
2. Schädigungshandlung	518
3. Immaterieller Schaden?	518
4. Schadenshöhe	519
C. Haftungsbeschränkungen oder – ausschuss?	521
I. Der Aspekt des Vorteilsausgleichs	521
1. Grundlagen	521
2. Voraussetzungen	522
3. Problematik	523
a. Materielle Schäden und immaterieller Vorteil	523
b. Kongruenz zwischen Vor- und Nachteil	524
4. Ergebnis	525
II. Mitverschulden des Patienten nach § 254 BGB	525
1. Grundlagen	525
2. Mitverschuldensvorwurf?	525
a. Pflicht zum Behandelnlassen nur durch das Blutveto akzeptierende Ärzte?	526
b. Erkennbarkeit des Gewissenskonfliktes des Arztes – bewusstes Risiko?	527
c. Fazit	528
Kapitel 2: Die Problematik der so genannten Freizeichnungsklauseln	528

§ 1:	Problemstellung.....	528
§ 2:	Besonderheiten bei der Übernahme der Behandlung.....	531
§ 3:	Besonderheiten bei der Durchführung der Behandlung.....	532
§ 4:	Lösungsvorschlag.....	533
Teil 8:	Zusammenfassung in Thesen	534
Literaturverzeichnis		541